

Ortsbeirat Allendorf

Geschäftsstelle Ortsbeiräte
Auskunft erteilt: Frau Allamode
Südanlage 5, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1032
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 29.05.2008

Niederschrift

zur 15. Sitzung des Ortsbeirates Allendorf
am Dienstag, dem 20.05.2008,
im Sitzungszimmer der Verwaltungsstelle, Mehrzweckhalle,
Untergasse 34, 35398 Gießen-Allendorf.
Sitzungsdauer: 20:00 - 21:45 Uhr

Anwesend:

Teilnehmer/-innen:

Herr Thomas Euler	SPD	Ortsvorsteher
Herr Tobias Blöcher	SPD	
Frau Ellen Volk	SPD	
Herr Hans Wagner	SPD	
Herr Prof. Dr. Franz-Josef Bockisch	CDU	
Herr Manfred Becker	FW	
Herr Hans Heller	FW	
Herr Prof. Dr. Jörg Steinbach	Bündnis 90/Die Grünen	

Vom Magistrat:

Herr Wolfgang Sahmland	Stadtrat
------------------------	----------

Stadtverordnete:

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer	CDU
-----------------------------	-----

Für die Geschäftsstelle der Ortsbeiräte:

Frau Andrea Allamode	Schriftführerin
----------------------	-----------------

Gäste/Sachverständige:

Herr Herbert Buß
Frau Christiane Janetzky-Klein
Herr Frank Roos

Entschuldigt:

Frau Gerda Weigel-Greilich	Bürgermeisterin
Herr Jörg Schreiber	CDU
Herr Alfons Buchholz	Stadtverordneter
Herr Gerhard Greilich	Stadtverordneter

Ortsvorsteher Euler eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Im Namen des Ortsbeirates gratuliert er Herrn Prof. Dr. Steinbach nachträglich zum Geburtstag.

Weiter stellt er fest, dass der Ortsbeirat beschlussfähig ist. Gegen die Form und die Frist der Einladung werden keine Einwände erhoben.

Ortsvorsteher Euler merkt an, dass die Straßenverkehrsbehörde bittet, TOP 5 - *Fußgängerampel in der Untergasse in Gießen-Allendorf; hier: Vereinbarung aus der 14. Ortsbeiratssitzung vom 18.03.2008* - bis zur nächsten Sitzung zurück zu stellen, da zwischen dem Tiefbauamt und der Straßenverkehrsbehörde noch kein abschließendes Gespräch stattgefunden habe. Gegen diesen Verfahrensvorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Zu Tagesordnungspunkt 7.2. - *Verhinderung der Aufstellung von Photovoltaik-Solarzellen auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie, Antrag der FW-Fraktion, OBR/1688/2008* - weist **Ortsvorsteher Euler** hin, dass er einen weiteren Antrag der FW-Fraktion vom 09.05.2008 nahezu gleichen Wortlauts, der auf eine Umsetzung derselben Intention durch Ortsvorsteher und Ortsbeiratsfraktionen zielte, nicht zulassen konnte, da er für die Verwaltung keine klare, ausführbare Anweisung beinhaltetete. Diese Vorgehensweise habe er auch mit dem städtischen Rechtsamt abgestimmt.

Nachdem keine weiteren Änderungswünsche vorgetragen werden, ist die Tagesordnung in der geänderten Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ortsbeirates am 18.03.2008
3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen
4. Informationen zu dem Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"

5. Fußgängerampel in der Untergasse in Gießen-Allendorf;
hier: Vereinbarung aus der 14. Ortsbeiratssitzung vom 18.03.2008
6. Verkehrsspiegel in der Untergasse für die Einfahrt Aubach OBR/1683/2008
- Antrag der SPD-Fraktion vom 06.04.2008 -
- 7.1. Grundsatzerklärung zu erneuerbaren Energien in der OBR/1684/2008
Gemarkung Allendorf/Lahn
- Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008 -
- 7.2. Verhinderung der Aufstellung von Photovoltaik-Solarzellen OBR/1688/2008
auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie - Antrag der FW-
Fraktion vom 09.05.2008 - *)
8. "Erinnerungswäldchen" für die Stadtteile Allendorf/Lahn OBR/1685/2008
und Kleinlinden
- Antrag des Ortsvorstehers vom 19.04.2008 -
9. Kostenlose Vermietung der Mehrzweckhalle für OBR/1686/2008
gemeinnützige Veranstaltungen der Vereine der
Vereinsgemeinschaft
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2008 -
10. Anbringung zweier Fahnenhalterungen in der OBR/1689/2008
Friedhofskapelle
- Antrag der FW-Fraktion vom 09.05.2008 -
11. Mitteilungen und Anfragen
12. Bürgerfragestunde

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung und Begrüßung

Wurde zu Beginn der Sitzung abgehandelt.

2. Genehmigung der Niederschrift über die 14. Sitzung des Ortsbeirates am 18.03.2008

Die Niederschrift über die 14. Sitzung des Ortsbeirates am 18.03.2008 wird einstimmig genehmigt.

3. Ergebniskontrolle der Anträge aus den letzten Sitzungen

- Die nachstehenden Tagesordnungspunkte der 14. Sitzung erklärt **Ortsvorsteher Euler** für erledigt, da Antworten des Magistrats vorliegen:
TOP 6 „Wiederherstellung des Bolzplatzes in den Krautgärten, Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2008 in geänderter Fassung, OBR/1511/2008“;
Schreiben des Magistrats vom 23.04.2008

TOP 7 „Bemalen der grauen Stromverteilerkästen mit örtlichen Motiven, Antrag der SPD-Fraktion vom 28.02.2008, OBR/1594/2008“;
Schreiben des Magistrats vom 14.04.2008

TOP 8 „Einzäunung des Spielplatzes in den Krautgärten, Antrag der SPD-Fraktion vom 02.03.2008, OBR/1594/2008“;
Schreiben des Magistrats vom 23.04.2008

Hierzu stellt der Ortsbeirat fest, dass die vorliegende Antwort nicht nachvollziehbar sei. **Herr Becker**, FW-Fraktion, äußert sich zudem verwundert über den letzten Absatz hinsichtlich der Leinenpflicht. Seines Wissens nach sei eine Leinenpflicht im Stadtgebiet nicht gegeben.
- **Ortsvorsteher Euler** stellt fest, dass zu folgenden Punkten der 13. Sitzung noch keine Antworten vorliegen:
TOP 8 „Beseitigung der Verschlammung im Kleebach, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2008, OBR/1508/2008“
Ortsvorsteher Euler erklärt, es werde langsam Zeit, dass etwas passiere. **Herr Becker** bekräftigt dies und erklärt zusätzlich, dass sowohl vor als auch hinter dem Wasserdurchlass eine erhebliche Verschlammung stattgefunden habe.

TOP 10 „Geschwindigkeitsanzeigetafel vor dem Kindergarten, Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2008, OBR/1510/2008“
Frau Volk, SPD-Fraktion, stellt fest, dass die Geschwindigkeitsanzeigetafel in der Hüttenbergstraße zwischenzeitlich entfernt wurde und dass man diese ohne große Probleme - wie beantragt - vor dem Kindergarten hätte anbringen können, wenn auch nur zeitweise.
- **Ortsvorsteher Euler** merkt an, dass zu den nachstehenden Unterpunkten des Tagesordnungspunktes **TOP 9 - Mitteilungen und Anfragen** - der 14. Sitzung noch keine Antworten vorliegen: *Umgestürzte Bäume Triebstraße/Streichen verschiedener Räumlichkeiten in der Verwaltungsstelle*

- Zu **TOP 4** „Aussprache über die erfolgte Baustellenbesichtigung“ der 11. Ortsbeiratssitzung (Einbau eines Pegels in der Nähe der Kleebackbrücke); Schreiben des Magistrats vom 19.05.2008 stellt **Herr Becker** fest, ein Pegel sei nicht von Nutzen, wenn dieser im Ernstfall tatsächlich unter Wasser liege. Hierzu bemerkt **Herr Prof. Dr. Steinbach**, dass jede Messlatte länger sei als die Wahrscheinlichkeit. Der Ortsbeirat fordert einen Pegel, der auch über die Grenzsituation hinaus die Gefahrensituation anzeigen könne.

Des Weiteren führt Herr Becker zum vorletzten Absatz der Magistrats-Antwort aus, dass das Ingenieurbüro Lang in einer Unterlage mitgeteilt habe, dass das 75 jährige Hochwasser bis 1,98 anzeigt und von daher die Angabe im vorletzten Absatz des Schreibens nicht stimmen könne.

4. Informationen zu dem Landeswettbewerb "Unser Dorf hat Zukunft"

Ortsvorsteher Euler gibt einen kurzen Zwischenbericht über den derzeitigen Sachstand. Unter anderem teilt er mit, dass im April die erste Arbeitsgruppensitzung für den Landeswettbewerb stattgefunden habe. Im Stadtteil habe man das Motto umgewandelt in „Unser (Allen)Dorf hat Zukunft“, die offizielle Anmeldung zur Teilnahme sei erfolgt. In Kürze werde der wahrscheinliche Besichtigungsgang festgelegt.

5. Fußgängerampel in der Untergasse in Gießen-Allendorf; hier: Vereinbarung aus der 14. Ortsbeiratssitzung vom 18.03.2008

Beratungsergebnis: Zurückgestellt.

6. Verkehrsspiegel in der Untergasse für die Einfahrt Aubach OBR/1683/2008 - Antrag der SPD-Fraktion vom 06.04.2008 -

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, in der Untergasse gegenüber der Einmündung Aubach einen Verkehrssicherheitsspiegel anzubringen.

Begründung:

Beim Herausfahren aus der Straße „Aubach“ in die Untergasse kann man zwar den Bereich der Untergasse in Richtung Backhaus gut einsehen, bei parkenden Autos ist jedoch die Sicht in Richtung Kleebackbrücke stark behindert. Dies sorgt für eine Gefahrensituation, die es zu beseitigen gilt. Man sollte nicht warten bis etwas passiert.

Frau Volk trägt den Antrag für die SPD-Fraktion vor und begründet ihn kurz.

An der kurzen Aussprache beteiligen sich Herr Becker, Herr Wagner und Herr Heller.

Beratungsergebnis:

Einstimmig beschlossen (Ja: SPD/CDU/1 FW/GR; StE: 1 FW).

7.1. Grundsatzklärung zu erneuerbaren Energien in der Gemarkung Allendorf/Lahn - Antrag der SPD-Fraktion vom 08.04.2008 - **OBR/1684/2008**

Antrag:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn steht einer Umstellung der Energiegewinnung mit der Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien grundsätzlich positiv gegenüber, hält aber den Standort der ehemaligen Kreisabfalldeponie Allendorf/Lahn für die Schaffung von Energiegewinnungsanlagen für erneuerbare Energien für nicht geeignet. Die weitere Ausgasung bzw. die Verwendung des Deponiegases (Verstromung vor Ort mittels Generator) wird ausdrücklich unterstützt.

Der Ortsbeirat bittet aber den Magistrat zu prüfen, inwieweit an öffentlichen Gebäuden der Stadt Gießen (Grundschulgebäude, Kindergarten) oder seiner Gesellschaften (Mehrzweckhalle) Solaranlagen - evtl. Bürgersolaranlagen - installiert werden können. Auch kann sich der Ortsbeirat vorstellen, dass im nördlichen Gemarkungsteil (im Lahnfeld bei der Bundesstraßen- und Eisenbahntrasse) Windkraftanlagen errichtet werden.

Begründung:

Der Umdenkungsprozess „Weg von fossilen Brennstoffen - hin zu erneuerbaren Energien“ wird vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung ausdrücklich unterstützt. Da in den Kreisgremien derzeit über die Errichtung von Anlagen für erneuerbare Energien auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie in Gießen-Allendorf/Lahn diskutiert wird, muss festgestellt werden, dass diese Fläche unseres Erachtens ungeeignet ist,

1. für Windkraftanlagen, weil der Untergrund des Deponiekörpers noch Setzungen ausgesetzt ist und damit die Standsicherheit fehlt, und
2. für großflächige Solaranlagen, weil die Südseite des Deponiekörpers (und nur die würde sich aus wirtschaftlichen Gründen lohnen) wegen des Geländeanstieges nicht allzu groß ist und zudem durch die fehlende soziale Kontrolle diese empfindlichen Anlagen der Gefahr einer möglichen Zerstörung durch Steinwurf ausgesetzt wären.

Hinzu kommt, dass diese Anlagen im Konflikt mit den Wünschen des Ortsbeirates zur Rekultivierung, die in den Auflagen des Regierungspräsidiums Berücksichtigung fanden, stehen könnten. Die weitere Ausgasung des Deponiekörpers und die „Verstromung des Deponiegases“ wird hingegen befürwortet. Es macht vielmehr Sinn, die großen Dachflächen der städtischen Gebäude (Schule, Kindergarten, Mehrzweckhalle) mit Solaranlagen zu versehen. Deshalb soll der Magistrat prüfen lassen, ob eine

Installation von Solaranlagen dort möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Die Tagesordnungspunkte 7 und 7.1 werden gemeinsam zur Beratung aufgerufen.

Ortsvorsteher Euler bittet Herrn Roos, der ein Planungsbüro für technische Gebäudeausrüstung betreibt, den Begriff „Bürgersolaranlagen“ näher zu erläutern.

Herr Roos führt aus, dass sich verschiedene Investoren an einer Bürgersolaranlage beteiligen und so eine großflächige Photovoltaikanlage finanzieren. Für eine solche Anlage würden sich in Allendorf die Mehrzweckhalle und der Kindergarten und auch die Wohnbauhäuser in der Aubach eignen. Gegen den Standort ehemalige Mülldeponie sprechen hohe Investitionskosten sowie Beeinträchtigungen beim Flugverkehr vom nahen Flugplatz durch Reflexionen. Hinzu kommt auch die Gefahr von Vandalismus.

Aufgrund der sehr ausführlichen Aussprache, an der sich Herr Wagner (begründet den vorliegenden SPD-Antrag), Herr Becker (begründet den vorliegenden FW-Antrag), Herr Heller, Herr Roos, Frau Volk, Herr Prof. Dr. Bockisch, Herr Prof. Dr. Steinbach und Ortsvorsteher Euler beteiligen, wird der SPD-Antrag um den FW-Antrag (OBR/1688/2008) ergänzt und die Vorlage OBR/1684/2008 somit wie folgt geändert:

Der Ortsbeirat Gießen-Allendorf/Lahn steht einer Umstellung der Energiegewinnung mit der Schwerpunktsetzung auf erneuerbare Energien grundsätzlich positiv gegenüber, hält aber den Standort der ehemaligen Kreisabfalldeponie Allendorf/Lahn für die Schaffung von Energiegewinnungsanlagen für erneuerbare Energien für nicht geeignet.

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich bei den entsprechenden Gremien des Landkreises Gießen dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte Aufstellung von Photovoltaik-Solarzellen auf der ehemaligen Kreis-Mülldeponie in Gießen-Allendorf nicht realisiert wird.

Die weitere Ausgasung bzw. die Verwendung des Deponiegases (Verstromung vor Ort mittels Generator) wird jedoch ausdrücklich unterstützt.

Der Ortsbeirat bittet aber den Magistrat zu prüfen, inwieweit an öffentlichen Gebäuden der Stadt Gießen (Grundschulgebäude, Kindergarten) oder seiner Gesellschaften (Mehrzweckhalle und Wohnbausiedlung Aubach) Solaranlagen - evtl. Bürgersolaranlagen - installiert werden können.

Begründung:

Der Umdenkungsprozess „Weg von fossilen Brennstoffen - hin zu erneuerbaren Energien“ wird vor dem Hintergrund der dramatischen Klimaveränderung ausdrücklich unterstützt. Da in den Kreisgremien derzeit über die Errichtung von Anlagen für erneuerbare Energien auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie in Gießen-Allendorf/Lahn diskutiert wird, muss festgestellt werden, dass diese Fläche unseres Erachtens ungeeignet ist,

1. für Windkraftanlagen, weil der Untergrund des Deponiekörpers noch Setzungen ausgesetzt ist und damit die Standsicherheit fehlt, und
2. für großflächige Solaranlagen, weil die Südseite des Deponiekörpers (und nur die würde sich aus wirtschaftlichen Gründen lohnen) wegen des Geländeanstieges nicht allzu groß ist und zudem durch die fehlende soziale Kontrolle diese empfindlichen Anlagen der Gefahr einer möglichen Zerstörung durch Steinwurf ausgesetzt wären.

Hinzu kommt, dass diese Anlagen im Konflikt mit den Wünschen des Ortsbeirates zur Rekultivierung, die in den Auflagen des Regierungspräsidiums Berücksichtigung fanden, stehen könnten. Die weitere Ausgasung des Deponiekörpers und die „Verstromung des Deponiegases“ wird hingegen befürwortet. Es macht vielmehr Sinn, die großen Dachflächen der städtischen Gebäude (Schule, Kindergarten, Mehrzweckhalle) mit Solaranlagen zu versehen. Deshalb soll der Magistrat prüfen lassen, ob eine Installation von Solaranlagen dort möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist.

Die Bürger in Gießen-Allendorf haben Jahrzehnte mit der Abfalldeponie leben müssen. An der Tagesordnung waren jahrelang:

- erhebliche massive Geruchsbelästigungen,
- eine bei Wind mit Plastikabfällen verschandele Landschaft
- jahrelange Mülltransporte und das Dorf

Nachdem durch die Errichtung der Mülldeponie eine einzigartige Landschaft zerstört wurde, hat die zwischenzeitlich erfolgte Sanierung dazu beigetragen, dass das Landschaftsbild zwar nicht sonderlich schön, aber zumindest wieder einigermaßen akzeptabel ist und werden wird.

Der damalige Deponiehügel prägt prägnant von allen Himmelsrichtungen die Umgebung Allendorfs. Die beantragte großflächige Aufstellung von Solarzellen würde das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen. Die zu erwartenden spiegelartigen Reflexe einer solchen flächendeckenden Anlage würden das übrige dazu tun, um die Landschaft um Allendorf erneut für Jahrzehnte zu verschandeln. Wer dieses Projekt beantragt hat oder diese Absicht befürwortet, hat sich weder in der Vergangenheit noch aktuell mit den Gegebenheiten vor Ort auseinandergesetzt. Ein solches Projekt darf man den Einwohnern von Allendorf, die jahrzehntelang den Betrieb der Mülldeponie ertragen mussten, nicht erneut zumuten.

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

7.2. Verhinderung der Aufstellung von Photovoltaik-Solarzellen auf der ehemaligen Kreisabfalldeponie - Antrag der FW-Fraktion vom 09.05.2008 - *) **OBR/1688/2008**

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, sich bei den entsprechenden Gremien des Landkreises Gießen dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte Aufstellung von Photovoltaik-Solarzellen auf der ehemaligen Kreis-Mülldeponie in Gießen-Allendorf

nicht realisiert wird.

Begründung:

Die Bürger in Gießen-Allendorf haben Jahrzehnte mit der Abfalldeponie leben müssen. An der Tagesordnung waren jahrelang:

- erhebliche massive Geruchsbelästigungen,
- eine bei Wind mit Plastikabfällen verschandele Landschaft
- jahrelange Mülltransporte und das Dorf

Nachdem durch die Errichtung der Mülldeponie eine einzigartige Landschaft zerstört wurde, hat die zwischenzeitlich erfolgte Sanierung dazu beigetragen, dass das Landschaftsbild zwar nicht sonderlich schön, aber zumindest wieder einigermaßen akzeptabel ist und werden wird.

Der damalige Deponiehügel prägt prägnant von allen Himmelsrichtungen die Umgebung Allendorfs. Die beantragte großflächige Aufstellung von Solarzellen würde das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen. Die zu erwartenden spiegelartigen Reflexe einer solchen flächendeckenden Anlage würden das übrige dazu tun, um die Landschaft um Allendorf erneut für Jahrzehnte zu verschandeln. Wer dieses Projekt beantragt hat oder diese Absicht befürwortet, hat sich weder in der Vergangenheit noch aktuell mit den Gegebenheiten vor Ort auseinandergesetzt. Ein solches Projekt darf man den Einwohnern von Allendorf, die jahrzehntelang den Betrieb der Mülldeponie ertragen mussten, nicht erneut zumuten.

Beratungsergebnis: Siehe TOP 7.1.

**8. "Erinnerungswäldchen" für die Stadtteile Allendorf/Lahn und Kleinlinden OBR/1685/2008
- Antrag des Ortsvorstehers vom 19.04.2008 -**

Antrag:

Der Ortsbeirat befürwortet die Errichtung eines „Erinnerungswäldchens“ für die Gießener Stadtteile Allendorf/Lahn und Kleinlinden. Dieses soll an einem geeigneten Standort möglichst an der Gemarkungsgrenze zwischen den beiden Stadtteilen entstehen.

Der Übernahme der Trägerschaft für ein „Erinnerungswäldchen“ durch einen zu gründenden Trägerverein wird zugestimmt.

Begründung:

Der Ortsbeirat Kleinlinden hat in der Sitzung am 23.05.2007 einstimmig die Bitte an die Stadt Gießen gerichtet zu prüfen, ob ein „Hochzeitswäldchen“ (damaliger Arbeitstitel) in der Kleinlindener Flur geplant werden kann, und zwar im Südteil im Bereich der Hochspannungsleitung“. Die Stadt Gießen hat als Antwort das Flurstück 296/3 der Fläche 2, Gemarkung 1295 zur Verfügung gestellt. Dem Ortsbeirat Allendorf/Lahn wurde das Konzept in seiner Sitzung am 18.03.2008 vorgestellt. Das „Erinnerungswäldchen“ soll eine Einrichtung für alle Kleinlindener und Allendorfer Bürger/-innen werden. Die Trägerschaft soll gemäß des Beschlusses des Ortsbeirates

Kleinlinden vom 16.04.2008 durch einen Trägerverein übernommen werden, der noch möglichst vor den Sommerferien 2008 zu gründen ist.

Es ist sicher gestellt, dass hier privaten Erinnerungen gedacht wird und die Institution nicht für politische Zwecke missbraucht werden kann.

Ortvorsteher Euler begründet den Antrag.

Frau Janetzky-Klein (Ortsbeirat Kleinlinden) führt aus, am 11. Juni finde die Gründungsversammlung des Vereins „Bürger der südlichen Vororte Gießen“, der die Trägerschaft für ein „Erinnerungswäldchen“ für die Stadtteile Allendorf/Lahn und Kleinlinden übernehme, statt. Sie erläutert Einzelheiten zum Verfahren unter anderem teilt sie mit, dass der Satzungsentwurf für den Verein bei Amtsgericht und Finanzamt liege, um die Gemeinnützigkeit zu erreichen.

Aufgrund der Aussprache, an der sich Herr Becker, Herr Heller, Herr Prof. Dr. Steinbach, Stv. Prof. Dr. Kramer, Frau Janetzky-Klein und Ortsvorsteher Euler beteiligen, bittet **Herr Becker**, FW-Fraktion, **den Antrag wie folgt zu ändern:**

Der Ortsbeirat befürwortet die Errichtung eines „Erinnerungswäldchens“ für die Gießener Stadtteile Allendorf/Lahn und Kleinlinden. Dieses soll an einem geeigneten Standort möglichst an der Gemarkungsgrenze zwischen den beiden Stadtteilen entstehen.

*Der Übernahme der Trägerschaft für ein „Erinnerungswäldchen“ durch einen zu gründenden Trägerverein wird zugestimmt, **wenn keine weiteren Kosten für die öffentliche Hand entstehen.***

Beratungsergebnis: Geändert einstimmig beschlossen.

9. **Kostenlose Vermietung der Mehrzweckhalle für
gemeinnützige Veranstaltungen der Vereine der
Vereinsgemeinschaft
- Antrag der SPD-Fraktion vom 28.04.2008 -**

OBR/1686/2008

Antrag:

Der Magistrat wird gebeten, über seine Stadthallen GmbH dafür zu sorgen,

- für gemeinnützige eintrittsfreie Veranstaltungen der örtlichen Vereine der Vereinsgemeinschaft in der Mehrzweckhalle die Miete zu erlassen,
- keine Gebühren mehr für selbstverständliches Inventar (Treppen- und Podestelemente) zu erheben, und
- die Umkleidekabinen nicht mehr von außen zu verschließen, wenn in der Mehrzweckhalle Veranstaltungen stattfinden.

Begründung:

Als durch die damals selbstständige Gemeinde Allendorf/Lahn die Mehrzweckhalle

geplant wurde, war von den Gemeindevätern und -müttern beabsichtigt, den großen Saal den Allendorfer Vereinen jeweils einmal im Jahr mietfrei zur Verfügung zu stellen. Dies ist nach der Eingemeindung in die Stadt Gießen leider so nicht übernommen worden. Wenn nun die örtlichen Vereine gemeinnützige Veranstaltungen (z. B. Konzerte) durchführen, bei denen sie keinen Eintritt erheben, müssen sie Miete zahlen und können selbst für die Bewirtung keinerlei Einnahmen erzielen, weil diese vertraglich nur dem Wirt der Gaststätte zustehen. Das bedeutet, dass die Vereine regelmäßig Geld drauflegen müssen, obwohl sie gemeinnützige Veranstaltungen durchführen.

Seit kurzem wird seitens der Stadthallen GmbH den Vereinen für selbstver-ständliches Inventar der Mehrzweckhalle wie Treppen- und Podestelemente Nutzungsgebühren in Rechnung gestellt. Das Gebührenverzeichnis sieht aber hierfür keine Miete vor. Bei Veranstaltungen innerhalb der Mehrzweckhalle werden seit kurzem die Umkleidekabinen auch von außen verschlossen, so dass Sportlerinnen und Sportler, die die Außensportanlage nutzen, sich dort weder umziehen und duschen können. Befürchtet man denn, dass halbnackte Sportler die Innenveranstaltung stören? Es gibt keine plausiblen Gründe für diese Neuregelung. Wer in Sonntagsreden das Ehrenamt lobt, muss es auch fördern, muss auch die Vereine fördern. Die genannten Kritikpunkte behindern aber die ehrenamtlich und zumeist gemeinnützig tätigen Vereine. Teilweise hat es den Anschein von „Abzocke“.

Herr Blöcher trägt den Antrag vor und begründet ihn.

Auf eine Nachfrage erläutert **Ortsvorsteher Euler**, dass eine Vergleichbarkeit der in Allendorf als ungewöhnlich empfundenen Verfahrensweise mit anderen Ortsteilen nicht gegeben sei. In Kleinlinden gibt es ein Bürgerhaus für Veranstaltungen sowie eine Sporthalle, in Wieseck und Rödgen ebenso. Getrennt werde auch in Lützellinden getagt, gefeiert und Sport getrieben.

Nach ausführlicher Diskussion, an der sich Herr Wagner, Herr Becker, Herr Prof. Dr. Bockisch, Herr Buß von der Vereinsgemeinschaft, Frau Volk und Ortsvorsteher Euler beteiligen, **erklärt der Ortsbeirat**, dass sie den von den einstigen Gemeindevätern gehegten Wunsch, die Mehrzweckhalle den Vereinen, die kostenlos zu Veranstaltungen einladen, mietfrei zur Verfügung zu stellen und Gebühren für Zubehör nicht zu erheben, ausdrücklich unterstützen. Außerdem müssen Sportler nach dem Training ungehinderten Zugang zu den Umkleidekabinen haben.

Zu dem vorgenannten bezieht sich **Herr Wagner**, SPD-Fraktion, auf eine Aussage des Magistratsschreibens vom 29.04., wonach deswegen die Außensportler nicht in die Umkleidekabinen können, weil dies ein Fluchtweg sei. Er stellt aber fest, dass das kein Fluchtweg sein könne, weil die Türen verschlossen sind.

Beratungsergebnis: Einstimmig beschlossen.

10. Anbringung zweier Fahnenhalterungen in der Friedhofskapelle
- Antrag der FW-Fraktion vom 09.05.2008 -

OBR/1689/2008

Antrag:

Der Magistrat der Stadt Gießen wird gebeten, in der Friedhofskapelle in Gießen-Allendorf auf der linken Frontseite zwei Fahnenhalterungen anbringen zu lassen.

Begründung:

Die Anzahl der Trauerfeiern aufgrund einer anschließenden Urnenbeisetzung hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Bei Trauerfeiern für Verstorbene, die Allendorfer Vereinen angehörten, gehört die Vereinsfahne traditionell auch zu dem Abschiedszeremoniell.

Leider gibt es in der Friedhofskapelle keinen geeigneten Platz, um die Fahne oder auch zwei Fahnen während der Trauerfeier würdig abzustellen. So konnte es aktuell vorkommen, dass zwei Fahnen übereinander in der Ecke der Kapelle angelehnt werden müssten.

Mit zwei geeigneten Fahnenhaltern kann dieser unglückliche Zustand leicht beseitigt werden.

Für die FW-Fraktion trägt **Herr Becker** den Antrag vor und begründet ihn kurz.

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig beschlossen.

11. Mitteilungen und Anfragen

- **Einzelfallrecherchen für Altflächen im Stadtgebiet, Mitteilung des Ortsbeirates Allendorf vom 20.03.2007, Bescheide des RPs Gießen vom 04.03.2008;**
Schreiben des Magistrats vom 14.03.2008
- **Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass sich der Angelverein Unteres Kleebachtal um die Renaturierung eines Fischteiches in Lützellinden bemühe und ihn um Unterstützung gebeten habe. Hier soll ein alter Teich für viel Geld rückgebaut werden, und der Angelverein habe angeboten, den Teich zu übernehmen und für Nistkästen und dergleichen zu sorgen. Da sich aber der Teich in der Gemarkung Lützellinden befindet, habe seine Meinung lediglich dem Lützellindender Ortsvorsteher Asboe mitgeteilt.
- **Ortsvorsteher Euler** informiert über eine nicht offizielle Anwohnerversammlung bzgl. der Sanierung der Obergasse. Zuvor seien er und der Vertreter der Bürgerinitiative, Gerd Euler, zu einer Erörterung bei Stadtrat Rausch eingeladen gewesen. Es zeichne sich ab, dass die Obergasse das

gleiche Aussehen erhalten wird wie die Untergasse. Zu klären sind noch die Fragen bzgl. Straßenbeleuchtung, Baumpflanzung und Grundstücksumlegung. Kurz nach der Sommerpause wird voraussichtlich eine offizielle Anwohnerversammlung in Form der bewährten „offenen Ortsbeiratssitzung“ unter seiner Moderation durchgeführt.

- **Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass ein Anwohner beim Umbau seines Hauses in der Obergasse den alten Dorfbrunnen entdeckt habe. Man bemühe sich nun, diesen aus Denkmalschutzmitteln wieder aufzubauen. Allerdings müsste die Besitzfrage zuvor in einem vereinfachten Umlegungsverfahren geklärt werden.
- **Ortsvorsteher Euler** teilt mit, dass er sich für einen Mülleimer im Triebweg eingesetzt habe. Seitdem dieser installiert wurde, sei der Abfall in der Landschaft an diesem – häufig von rastenden Autofahrern genutzten - Bereich erheblich zurück gegangen. Nur habe sich das Stadtreinigungs- und Fuhramt nicht in der Lage gefühlt, diese Frage eines zusätzlichen Mülleimers im Außenbereich alleine zu entscheiden. So musste er mit Lageplan eine Entscheidung des Abfalldezernenten herbeiführen.
- **Herr Heller** fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Thema „Wehrabsenkung Kleebach“.
- Zum Thema Gemeinsames Gewerbegebiet Lützellinden und dem erschienen Zeitungsartikel (siehe Anlage) bittet **Herr Heller** den Magistrat um eine Stellungnahme.

Ortsvorsteher Euler merkt an, dass er über eine schleichende Landebahnverlängerung des Flugplatzes Lützellinden informiert worden sei. Er habe umgehend die zuständigen Stellen informiert und darauf erfolgte der Baustopp. Trotz allem stellt sich die Frage, wer für den Rückbau und die Beseitigung der Erdaufschüttung zuständig.

12. **Bürgerfragestunde**

Es liegen keine Fragen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Ortsvorsteher die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

Die nächste Sitzung des Ortsbeirates findet am **19.08.2008**, um 20:00 Uhr statt.

Antragsschluss bei Herrn Ortsvorsteher Euler ist Sonntag, 10.08.2008, 8:00 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Euler

(gez.) Allamode